



| Vorstand

## INTERNATIONALE WOCHEN GEGEN RASSISMUS

12. – 25. März 2012



alle anders  
alle gleich

# IGM**igration**

RESSORT MIGRATION

## Wider den Rechtsterrorismus

- EIN ZEICHEN FÜR MEHR RESPEKT UND TOLERANZ
- IG METALL AKTIV VOR ORT GEGEN RECHTSEXTREMISMUS
- WEITER MIT RESPEKT



Merhaba  
Hello Buon giorno καλημερα  
Buenos días Guten Tag Bonjour  
Bom dia Dobar dan Здравствуйте!

Möln, Solingen, Rostock-Lichtenhagen – vor zwanzig Jahren waren sie Schlaglichter des Rassismus und Rechtsextremismus in Deutschland. Die fast verheilt geglaubten Wunden rissen jedoch Ende letzten Jahres wieder auf, als bekannt wurde, dass rechtsextreme Terroristen zehn Jahre lang unerkannt mordeten.

Über die Diskussion um die Taten und dem Versagen der Ermittlungsbehörden geraten die Opfer und ihre Angehörigen in den Hintergrund. Sie mussten nicht nur den Tod von Familienmitgliedern sondern auch Verdächtigungen von Polizei, ihrer Umgebung und in den Medien erleben. Für sie bedeuteten die einseitigen Ermittlungsverfahren eine Demütigung. Diese Demütigung führte nicht nur bei ihnen zu einem Vertrauensverlust in den Staat und seine Organe. Viele Menschen fragen sich, wie die Taten so lange unentdeckt bleiben und Rechtsextremismus in Deutschland Fuß fassen konnte.

Während weiter diskutiert wird, präsentiert die Bundesregierung mit großem Pomp ihren ‚Nationalen Aktionsplan Integration‘. Doch wo findet sich darin der Kampf gegen Rassismus und Rechtsextremismus? Diese Themen, die Integration maßgeblich beeinflussen, werden ausgeklammert. Schlimmer noch: die Gelder für die antirassistische und antifaschistische Arbeit werden gekürzt. Das ist ein politischer Skandal!

Die IG Metall arbeitet seit Jahren gegen Rassismus und Rechtsextremismus, unterstützt die Gleichbehandlung aller Beschäftigten. In den Betrieben und Verwaltungsstellen beteiligen sich Kolleginnen und Kollegen aktiv an den Internationalen Wochen gegen Rassismus. Gerade in der Leistungsgesellschaft ist es wichtig, einseitigen und rassistischen Erklärungsmustern keinen Raum zu geben. Mit der Initiative ‚Respekt‘ wird deswegen das Thema immer wieder aufgegriffen und Rassismus in der Mitte der Gesellschaft offen angesprochen.

Wir werden auch in Zukunft die Debatte weiter anregen, denn unsere Gesellschaft ist und bleibt vielfältig. Es ist wichtig, Unterschiede wertschätzend wahr zu nehmen und Gemeinsamkeiten zu stärken. Denn nur so können wir langfristig Demokratie leben.

*Christiane Benner*

Christiane Benner

## impresum

Herausgeber: Berthold Huber, Detlef Wetzel, Bertin Eichler, IG Metall Vorstand, Frankfurt a. M.  
Wilhelm-Leuschner-Str. 79, 60329 Frankfurt am Main, Tel.: 069-6693-2918, E-Mail: [igm-migration@igmetall.de](mailto:igm-migration@igmetall.de)  
Redaktion: DGB Bildungswerk, Bereich Migration & Qualifizierung, Düsseldorf  
Konzept und Gestaltung: kus-design, Mannheim // Druck: alpha print medien AG, Darmstadt



news-ticker

inhalt

- 4 **WIDER DEN RECHTSTERRORISMUS**
- 7 **KOMMENTAR:  
RECHTSTERRORISMUS IN DEUTSCHLAND**
- 8 **DEIN RECHT**
- 9 **EIN ZEICHEN FÜR MEHR RESPEKT  
UND TOLERANZ**
- 12 **IN EIGENER SACHE  
IG METALL AKTIV VOR ORT GEGEN  
RECHTSEXTREMISMUS**
- 14 **MARKTPLATZ**
- 16 **WEITER MIT RESPEKT**



**++ NATIONALER AKTIONSPLAN VERABSCHIEDET —** AUF DEM FÜNFTEN INTEGRATIONSGIPFEL STELLTE DIE BUNDESREGIERUNG DEN NATIONALEN AKTIONSPLAN INTEGRATION (NAP) VOR. DER NAP MACHE DIE INTEGRATIONSPOLITIK VERBINDLICHER, SO STAATSMINISTERIN MARIA BÖHMER IN IHRER ERÖFFNUNGSREDE ZUM GIPFEL. WÄHREND DIE BUNDESREGIERUNG DEN PLAN ALS WEITERENTWICKLUNG ANPREIST, SEHEN DER DGB UND DIE GEWERKSCHAFTEN DIE AKTIVITÄTEN KRITISCH. SO GIBT ES IN DEM PLAN NOCH GRAVIERENDE LÜCKEN. GERADE MENSCHEN MIT AUSLÄNDISCHER STAATSANGEHÖRIGKEIT WERDEN OFT IN PREKÄRE UND SCHLECHT BEZAHLTE JOBS ABGEDRÄNGT. ZUDEM WIRD DIE INTEGRATION DURCH RECHTLICHE VORGABEN, WIE DER VORRANGPRÜFUNG, ERHEBLICH ERSCHWERT. *MEHR DAZU: PARTIZIPATION STATT AUSGRENZUNG – DGB POSITIONSPAPIER ZUM INTEGRATIONSGIPFEL 2012: [HTTP://WWW.DGB.DE/-/KLX](http://www.dgb.de/-/KLX)* **++ MIGRANTEN ÜBERQUALIFIZIERT IN BESCHÄFTIGUNG —** VIELE IN DER EU LEBENDE MIGRANTINNEN UND MIGRANTEN ARBEITEN NACH EINER AKTUELLEN STUDIE VON EUROSTAT IN EINER BESCHÄFTIGUNG, FÜR DIE SIE ÜBERQUALIFIZIERT SIND. BESONDERS HÄUFIG IST DIES IN GRIECHENLAND, ITALIEN UND SPANIEN DER FALL. MIGRANTINNEN UND MIGRANTEN HABEN ZUDEM, TROTZ HOHER QUALIFIZIERUNG, BEI DER BESCHÄFTIGUNGSSUCHE NICHT DIE GLEICHEN CHANCEN WIE EINHEIMISCHE, KÄMPFEN MIT EINER HÖHEREN ARBEITSLIQUOTE UND SCHLECHTEREN WOHNVERHÄLTNISSEN. JEDER DRITTE UNTER DEN 25- BIS 54-JÄHRIGEN MIGRANTINNEN UND MIGRANTEN IST VON ARMUT ODER SOZIALER AUSGRENZUNG BEDROHT. **++ ANERKENNUNGSGESETZ IM BUNDES RAT VERABSCHIEDET —** DER BUNDES RAT HAT ENDE LETZTEN JAHRES DAS „GESETZ ZUR VERBESSERUNG DER FESTSTELLUNG UND ANERKENNUNG IM AUSLAND ERWORBENER BERUFSQUALIFIKATIONEN“ VERABSCHIEDET. DURCH DIESE NEUREGELUNG ERHALTEN ALLE ZUWANDERINNEN UND ZUWANDERER EINEN ANSPRUCH AUF PRÜFUNG IHRER BERUFSABSCHLÜSSE. EINE HOTLINE BEI BAMF WIRD EINGERICHTET.

# Wider den Rechtsterrorismus

*Der 13. Juni 2001 scheint für den 49-jährigen Abdurrahim Özüdođru ein Tag wie jeder andere zu sein. Nach Schichtende bei Siemens arbeitet er in einem Schneiderladen. Das Geld ist knapp, er ist auf das Zusatzgeschäft angewiesen. Gegen 16:30 Uhr betreten zwei Männer den Laden. Sie haben Waffen in der Hand, töten Abdurrahim Özüdođru mit zwei Kopfschüssen.*

Über zehn Jahre ist dies nun her. Zehn Jahre, in denen die Polizei zunächst im Dunkeln tappte, dann in Richtung türkische Bandenkriminalität recherchierte. Zehn Jahre, in denen die Medien die Schuld bei den Opfern suchten und abfällig von ‚Dönermorden‘ sprachen. Zehn Jahre, in denen weitere Menschen sterben mussten. Erst im November 2011 kam zufällig ans Licht: Abdurrahim Özüdođru war das zweite von insgesamt zehn bisher bekannten Opfern einer rechtsextremistisch motivierten Mordserie. Unter Mordverdacht steht eine Gruppe, die sich als Nationalsozialistischer Untergrund (NSU) bezeichnet. Zwei der Mitglieder brachten sich um, ein weiteres wurde inhaftiert.

## **Rechtsextremismus totgeschwiegen**

Die Opfer und ihre Angehörigen mussten lange mit einem bösen Verdacht leben. Angehörige der Opfer erzählen, dass die Polizei sie direkt nach der Tat bis zu neun Stunden

befragte, ihnen familiäre Motive für die Tat unterstellte. Später war von Beziehungen in die organisierte Kriminalität die Rede, Drogenhandel wurde in den Raum gestellt, eine gewisse Mitschuld der Opfer angenommen. Alles falsch. Tatsächlich wurden diese Menschen getötet, weil sie oder ihre Vorfahren nicht in Deutschland geboren wurden. Weil Menschen ihr Leben aus rassistischen Gründen nicht als lebenswert erachteten. Aber nur langsam wird dies von Polizei und Öffentlichkeit realisiert. Die Gerüchte über mögliche Motive in der Türkei, die so



Aktion in Salzburg

lange verbreitet wurden, sind nur noch schwer zu überwinden. Dazu kommt, dass Rechtsextremismus in Deutschland totgeschwiegen wird. Über 130 Menschen wurden in den letzten 20 Jahren aus rassistischen Motiven getötet. Doch kaum jemand will es wahrhaben, es passt nicht ins Bild vom neuen Deutschland, vom Fußballwunderland, in dem alles möglich scheint, nur nicht rechtsextremer Terrorismus. Dabei muss man nur genau hinsehen, auf die Neo-Nazis, die vor Schulen CDs mit rassistischen Liedern verteilen, auf die scheinbaren Streiter für das Recht des kleinen Mannes, die die soziale Frage für sich entdeckt haben und mit einfachen Parolen Antworten auf die Fragen von vielen bieten. Stattdessen wurden Programme der Bundesregierung, die sich eigentlich gegen Rechtsextremismus und Rassismus wenden sollten, auf Linksextreme ausgeweitet, Aussteigerprogramme gestrichen, Opfer abgewiegelt.



titelthema

**In der Mitte der Gesellschaft**

Doch es geht nicht nur um organisierten Rechtsextremismus: 2010 stellte die Friedrich-Ebert-Stiftung in ihrer Studie „Die Mitte in der Krise. Rechtsextreme Einstellung in Deutschland“ fest, dass Rechtsextremismus und Rassismus längst in der Mitte der Gesellschaft angekommen sind. Jeder vierte Deutsche wünschte sich danach eine starke Partei, die „die Volksgemeinschaft insgesamt verkörpert“, mehr als 30 Prozent stimmten der Aussage zu, dass „Ausländer kommen, um den Sozialstaat auszunutzen“. Forscherinnen und Forscher der Universität Bielefeld beobachteten ähnliches. In einer Langzeituntersuchung über zehn Jahre verfolgten sie die zunehmende Ökonomisierung der Gesellschaft und das Anwachsen von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit. Ihr Resümee der „Deutschen Zustände“: Die Zustimmung zu Rassismus, Fremdenfeindlichkeit, die Abwertung von Obdachlosen, Behin-

derten und Langzeitarbeitslosen nimmt zu. Als Ursache sehen sie unter anderem den 11. September, der zu einer Zunahme der Islamfeindlichkeit führte, die Einführung von Hartz IV und die Finanz- und Wirtschaftskrise der vergangenen Jahre. Viele Menschen fühlten sich von diesen Ereignissen bedroht, so die Forscherinnen und Forscher. Die zunehmenden sozialen Unsicherheiten tragen dazu bei, dass Menschen gewaltbereiter und menschenfeindlicher agieren.

Eine Tendenz, die die IG Metall ebenfalls seit Jahren beobachtet, erklärt Petra Wlecklik vom Ressort Migration/Integration beim IG Metall Vorstand. „Rechtspopulisten setzen auf die Ängste der Menschen vor Arbeitslosigkeit und sozialen Abstieg. Sie bieten einfache Erklärungen für Arbeitslosigkeit und zunehmende Prekariisierung an“, erklärt sie. Als Ursachen würden kulturelle und ethnische Hintergründe präsentiert, statt hinter

die wirklichen Hintergründe zu schauen. Deshalb setzt die IG Metall auf Aktivitäten gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Ungleichbehandlung. „Die IG Metall ist in vielen Orten fester Bestandteil des zivilgesellschaftlichen Engagements gegen Rechts,“ erklärt Petra



Schülerdemonstration in Landshut gegen Rechtsextremismus

**WIR GEDENKEN DER TOTEN UND IHRER ANGEHÖRIGEN:**

- Enver Şimşek aus Nürnberg
- Abdurrahim Özüdođru aus Nürnberg
- Süleyman Taşköprü aus Hamburg
- Habil Kılıç aus München
- Theodoros Boulgarides aus Dortmund
- Mehmet Kubaşık aus Dortmund
- Halit Yozgat aus Kassel
- Ismail Yaşar aus Nürnberg
- Mehmet Turgut aus Rostock
- Michèle Kiesewetter aus Heilbronn

**Die Erklärung der IG Metall**

„Neofaschistischen Terror konsequent verfolgen – NPD verbieten“ findet sich im Internet unter

<http://www.igmetall.de/cps/rde/xchg/internet/style.xsl/neofaschistischen-terror-konsequent-verfolgen--npd-verbieten-9076.htm>

Wlecklik. „Wir engagieren uns in verschiedenen Bündnissen, organisieren Gegendemonstrationen und klären über die Folgen von Rassismus und Ungleichbehandlung auf.“ Schon seit Jahren beteiligen sich IG Metall an der Woche gegen Rassismus, nutzen den 21. März, den UN-Tag gegen Rassismus, als Ausgangspunkt für die Diskussion. Auf dem Gewerkschaftstag der IG Metall im Oktober letzten Jahres warnte der erste Vorsitzende, Berthold Huber, vor den rechtsextremen Demagogen: „Früher kamen sie in schwarzen Lederstiefeln, heute tragen sie oft Schlips und Kragen. Aber sie sind so gefährlich wie eh und je.“ Auf der Delegiertenversammlung wurde deutlich gemacht, dass der Kampf gegen Rechtsextremismus,



Rassismus, Antisemitismus und Ausländerfeindlichkeit, wie er aktuell auch im Antiislamismus zum Ausdruck kommt, eine zentrale Aufgabe der IG Metall ist. Eine Reihe von Beschlüssen wurde gefasst, um gegen Rechtsextremismus vorzugehen und für die Förderung von Chancengleichheit einzutreten.

### **WIR GEGEN RECHTS!**

**Wer handeln möchte, findet Aktionsbeispiele in der IG Metall-Broschüre „Diskriminierung im Betrieb – Was kannst du dagegen tun?“.**



**Positionen, Handlungsfelder und Instrumentarien bieten die Arbeitsmaterialien für betriebliche und gewerkschaftliche**

**Arbeit „Für eine solidarische Gesellschaft – gegen Rassismus und Ausgrenzung!“**



**Die Arbeitshilfe „Hinsehen und Einmischen. Aktiv gegen Rassismus“ klärt über die Themen auf, gibt aber auch**

**rechtliche Handlungsmöglichkeiten an die Hand und macht Umsetzungsvorschläge. Die Broschüre hat die Produktnummer 20068-30949 und kann über die Verwaltungsstellen bestellt werden.**

**Weitere Broschüren finden sich zum Herunterladen im Extranet der IG Metall (unter Jugend – Gesellschaft – AntiRa)**

### **Täglich Kontra geben**

So unterstützt die IG Metall ein Verbot der rechtsextremen NPD und aller neonazistischen Organisationen. Diese Forderung unterstrich die IG Metall nochmals in ihren Erklärungen zu den rechtsextremen Morden und zeigte ihre uneingeschränkte Solidarität mit allen Menschen, die Zielscheibe dieser rassistischen Anschläge sind. Außerdem wurde tiefes Verständnis für die Sorgen, insbesondere der türkischen Kolleginnen und Kollegen, bekräftigt. Nicht ohne Grund: In einer Umfrage der Hacettepe Universität Ankara äußerten knapp vierzig Prozent der befragten Menschen mit türkischem Migrationshintergrund die Besorgnis, dass „sie selbst oder Freunde und Bekannte Opfer des Neonazi-Terrors werden könnten“. Und etwa 60 Prozent glaubten, dass „die deutschen Politiker die Ereignisse am liebsten vertuschen und unter den Teppich kehren möchten.“

Umso wichtiger sind jetzt klare Signale, dass etwas getan wird. Staatliche Behörden müssen die begangenen Verbrechen konsequent verfolgen. Aber auch die Zivilgesellschaft und alle gesellschaftlichen Institutionen müssen weiterhin die politische und moralische Auseinandersetzung mit neofaschistischen, ausländerfeindlichen und rassistischen Ideologien führen, wie die IG Metall in ihrer Erklärung deutlich macht. Aber es geht nicht nur um organisierten Rechtsextremismus, es geht auch um den Rassismus in der Mitte der Gesellschaft. „Niemand sollte

**Gemeinsam mit den Deutschen Arbeitgeberverbänden riefen der Deutsche Gewerkschaftsbund und seine Mitgliedsgewerkschaften am 23. Februar zu einer Schweigeminute zum Gedenken an die Opfer rechtsextremer Gewalt in Deutschland auf.**

vergessen: Rechte Parolen haben nur so viel Spielraum, wie wir ihnen lassen“, betont Hüseyin Aydin vom Ressort Migration/Integration beim IG Metall Vorstand. Er fordert, dass jeder Einzelne sich Gedanken machen müsse, wie er tagtäglich reagiert: „Das bedeutet, im Gespräch auf der Arbeit oder im Privaten Kontra zu geben, wenn rassistische oder diskriminierende Äußerungen fallen.“ Gerade Betriebsräte können hier vorbildlich agieren: „Sie haben nach dem Betriebsverfassungsgesetz die Aufgabe Diskriminierungen zu verhindern. Die Themen Rassismus und Neonazismus gehören daher als Thema auf Betriebsversammlungen“ erläutert Petra Wlecklik. In vielen Betrieben ist die Auseinandersetzung mit rassistischen Argumentationen Alltag, Kolleginnen und Kollegen beziehen offensiv Stellung. Aber oftmals vollziehen sich Ungleichbehandlungen und Diskriminierungen im Hintergrund, sind nicht auf den ersten Blick ersichtlich. Etwa, wenn Jugendliche mit Migrationshintergrund nicht die gleiche Chance haben, einen Ausbildungsplatz zu erhalten, Kolleginnen und Kollegen bei der betrieblichen Weiterbildung nicht berücksichtigt oder wenn Posten in Führungspositionen an ihnen vorbei besetzt werden. Petra Wlecklik fordert daher, auch strukturelle Diskriminierung in den Blick zu nehmen. „Wir müssen uns bewusst machen, wo Menschen ausgegrenzt werden, nicht die gleichen Chancen wie andere erhalten. Dass ist unsere Aufgabe als IG Metall, hier setzen wir uns ein.“



## Vorsicht Falle



Gib alten und neuen  
Nazis keine Chance!



### Rechtsterrorismus in Deutschland

Der Realität zum Trotz wurde in den vergangenen Jahren immer wieder behauptet, der Rechtsextremismus in Deutschland sei ein Problem des Ostens. Seit den Anschlägen von Hünxe (1991) und Solingen (1993) wissen wir es besser. Mindestens jeden zweiten Tag wird allein in NRW ein Mensch Opfer rechtsextremer oder rassistisch motivierter Gewalt und die TäterInnen kommen größtenteils aus dem Westen. Die Gewalt gegen MigrantInnen, Schwarze Deutsche, Wohnungslose oder allgemein: gegen Menschen, die äußerlich, kulturell und/oder sozial als die Fremden, als die Anderen stigmatisiert werden, verbreitet Angst und Schrecken und führt dazu, dass sich potenzielle Opfer sehr genau überlegen, wann und wo sie bestimmte Räume aufsuchen. Deswegen spreche ich von rassistischem und rechtsextremem Terror nicht erst seit Bekanntwerden der Morde durch den sog. Nationalsozialistischen Untergrund.

Die gesellschaftliche und politische Auseinandersetzung mit Rassismus und Rechtsextremismus ist ein Themenfeld, das immer mal wieder Hochkonjunktur erfährt, das aber auch immer wieder über lange Zeiträume hinweg fast völlig aus dem Blickfeld der Öffentlichkeit gerät. Demgegenüber sind „freie Kameradschaften“ oder Gruppen wie die „Autonomen Nationalisten“ ständig aktiv. Aufmärsche, völkisch-rassistische Propaganda, Schändungen jüdischer Friedhöfe, Übergriffe auf Menschen, all dies gehört zum Alltag in Deutschland. In verschiedenen Land- und Kreistagen sowie Stadträten sitzen Parteien wie die NPD oder die „Bürgerbewegung pro NRW“, die dort ihre rassistische Propaganda verbreiten. Sie nehmen Einfluss auf die Debatten um Einwanderung und Integration und verstehen sich ‚gut‘ darauf, mit ihren scheinbar einfachen Lösungen für komplexe Problemlagen Menschen für sich zu gewinnen. Aber es sind nicht nur die offensichtlich rechtsextremen und rassistischen Parteien, die Ausgrenzung und Ungleichwertigkeitsvorstellungen propagieren. Die Debatten um die Thesen von Thilo Sarrazin haben deutlich werden lassen, dass seine Verschränkung von rassistischen und marktwirtschaftlichen Argumenten zu einer doppelten Ausgrenzung führt: Er unterscheidet zwischen denen, die ethnisch/national und wirtschaftlich verwertbar sind und denen, die angeblich weder ethnisch/national noch wirtschaftlich verwertbar sind. Diese Zweiteilung ist heute Teil eines alltäglichen und kaum noch infrage gestellten Diskurses um Migration und Integration.

Der kritische Gesellschaftstheoretiker Max Horkheimer hat bereits 1939 geschrieben: „Wer aber vom Kapitalismus nicht reden will, sollte auch vom Faschismus schweigen.“

In der aktuellen Debatte um Rechtsterrorismus stehen die Fragen nach dem Versagen der Ermittlungsbehörden, der Rolle der V-Leute und einem Verbot der NPD im Vordergrund. Die Opfer dieser Gewalttaten stehen deutlich weniger im Fokus der Öffentlichkeit. Ihnen, den Opfern rassistisch motivierter oder rechtsextremer Gewalt, muss endlich Solidarität und Aufmerksamkeit durch Politik, staatliche Einrichtungen (Polizei etc.) und Zivilgesellschaft entgegengebracht werden. Der alltägliche, zur Normalität gewordene Rassismus, wie er nicht zuletzt auch in den Termini „Dönermorde“ und „Soko-Bosporus“ zum Ausdruck kommt, muss problematisiert werden. Und das Engagement derer, die sich in Städten und Gemeinden für Demokratie und Menschenrechte einsetzen, sollte gewürdigt und unterstützt werden, statt als Gutmenschentum oder gar als linksextreme Aktivitäten denunziert zu werden.

**ANNE BRODEN,**  
Projektleiterin des Informations-  
und Dokumentationszentrums für  
Antirassismusbearbeitung – in Nord-  
rhein-Westfalen



## Beschäftigte ohne Papiere unfallversichert

Menschen, die ohne geltende Aufenthaltserlaubnis arbeiten, haben nach einem Urteil des hessischen Landessozialgerichts einen Anspruch auf eine gesetzliche Unfallversicherung. In dem vorliegenden Fall arbeitete ein Serbe, der mit Touristenvisum ohne Arbeitserlaubnis nach Deutschland eingereist war für einen Subunternehmer. Bei einem Unfall zog er sich schwere Stromverletzungen zu, in der Folge mussten Gliedmaßen amputiert werden. Die Berufsgenossenschaft lehnte eine Anerkennung als Arbeitsunfall ab, da sie unterstellte, der Serbe sei selbstständig tätig gewesen. Das hessische Landessozialgericht entschied aber zu Gunsten des Klägers. Dieser sei durch den Subunternehmer zur Erledigung von Brückenarbeiten angewiesen und ein fester Stundenlohn vereinbart worden. Zudem habe er Material, Werkzeug sowie Schutzhandschuhe ausgehändigt bekommen. Somit war es für das Gericht irrelevant, dass kein schriftlicher Arbeitsvertrag abgeschlossen wurde.  
**Hessisches Landessozialgericht AZ L 9 U 46/10, 1. November 2011**

## Gutes Deutsch darf verlangt werden

Die Anforderung nach sehr guten Deutschkenntnissen in einer Stellenausschreibung, stellt nicht unbedingt eine Benachteiligung für die Bewerber und Bewerberinnen dar, so das Urteil des Nürnberger Arbeitsgerichts von Oktober 2011. In dem vorliegenden Fall ging es um eine Stellenbesetzung einer Spezialistin in der Softwareentwicklung, für die sehr gute Deutsch-

kenntnisse gefordert wurden. Die Klägerin vermutete, dass sie wegen ihrer russischen Herkunft abgelehnt worden sei. Die Richter argumentierten jedoch, dass allein die Vermutung der Benachteiligung nicht ausreiche. Es müssten weitere Indizien für Ausländerfeindlichkeit und Diskriminierung vorgelegt werden. Dies sei in diesem Fall nicht erfolgt.

**Nürnberger Arbeitsgericht 2 Sa 171/11, 5. Oktober 2011**

## Blue Card Konzept

Mit einer Blue Card sollen zukünftig hochqualifizierte Fachkräften aus Drittstaaten einfacher in Deutschland arbeiten können. Ende letzten Jahres beschloss das Bundeskabinett den Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung der Hochqualifizierten-Richtlinie der Europäischen Union. Danach können Inhaber einer Blue Card, die nicht aus der EU kommen, bereits nach zwei Jahren einen Daueraufenthalt erhalten. Familienangehörige können sofort uneingeschränkt arbeiten. Wer mehr als 48.000 Euro im Jahr verdient, erhält ein sofortiges Aufenthaltsrecht; bisher lag die Gehaltsgrenze bei 66.000 Euro. IG Metall und der DGB befürworten zwar generell die Blue Card, kritisieren aber die beschlossenen Änderungen als „Stückwerk“, eine Gesamtstrategie zur Zuwanderung fehle nach wie vor. Auf Kritik stieß insbesondere die Absenkung der Mindest Gehaltsgrenze.  
[http://www.migration-online.de/beitrag\\_aWQ9ODA3OA.html](http://www.migration-online.de/beitrag_aWQ9ODA3OA.html)

## Statuslose gestärkt

In der Umsetzung verschiedener europäischer Richtlinien zum Aufenthaltsrecht ist Ende November 2011 ein

Gesetz in Kraft getreten, das unter anderem auch wichtige arbeitsrechtliche Regelungen für Menschen ohne legalen Aufenthalt enthält. Mit dem Gesetz sollen Statuslose zukünftig leichter ihre Rechte durchsetzen können. Wird beispielsweise die Beschäftigung entdeckt, wird von einer dreimonatigen Beschäftigung ausgegangen, außerdem wird die übliche Vergütung als Grundlage angenommen.

**Gesetz zur Umsetzung aufenthaltsrechtlicher Richtlinien der Europäischen Union und zur Anpassung nationaler Rechtsvorschriften an den EU-Visakodex, Bundestagsdrucksache-Drucksache 17/5470**

## Anspruch auf Elterngeld für Geduldete

Das Landessozialgericht Rheinland-Pfalz hält die Regelung, nach der Ausländer mit einer Aufenthaltserlaubnis auf Probe keinen Anspruch auf Elterngeld haben, für verfassungswidrig. Es verwies deshalb die Frage zur Entscheidung an das Bundesverfassungsgericht. Nach Auffassung der Richter haben auch langfristig geduldete Migrantinnen und Migranten, die eine Aufenthaltserlaubnis nach § 104a Aufenthaltsgesetz erworben haben, Anspruch auf Elterngeld. Ein solcher Aufenthaltstitel setze ein gewisses Maß an Integration voraus, berechne die Ausübung einer Erwerbstätigkeit und sei damit einer Verlängerung und damit einer günstigen Daueraufenthaltsprognose zugänglich, die die Inanspruchnahme von Elterngeld rechtfertigt.

**Bundessozialgericht – B 10 EG 15/10 R vom 15. Dezember 2011**



Foto: Michael Ebenau, IG Metall Vst. Jena-Saalfeld

## Ein Zeichen für mehr Respekt und Toleranz

*Die IG Metall engagiert sich seit Jahren vielerorts gegen Rechts. Einige Beispiele möchten wir hier vorstellen.*

„Wir machen doch nur unsere Aufgaben“, sagt Gürsel Ayan bescheiden. Dabei haben er und seine Mitstreiter vom Migrationsausschuss in Kiel vieles erreicht. Wie inzwischen an zahlreichen Orten in Deutschland hängt seit Sommer auch am Haupttor der Howaldtswerke-Deutsche Werft (HDW) in Kiel das Respekt-Schild als sichtbares Zeichen für Toleranz. Doch Betriebsrat Gürsel Ayan, Vorsitzender des Migrationsausschusses Kiel und des Ausschusses Bezirk Küste, möchte noch mehr. Immer wieder wird das Thema Dis-

kriminierung und Rassismus offen angesprochen.

Jeden Tag wird er daran erinnert, dass er Migrant ist, erzählt Gürsel Ayan. „Dann heißt es zum Beispiel, schaut mal, was da bei euch in



Gürsel Ayan

eurem Land passiert ist und gemeint ist die Türkei“, sagt er nachdenklich. Aber es gibt auch offene rassistische Angriffe. Deswegen ist es ihm wichtig, für gegenseitigen Respekt zu sorgen. Sehr gut findet Gürsel Ayan, dass auch die Menschen ohne Migrationshintergrund für das Thema sensibel sind und sich vor ihre Kolleginnen und Kollegen stellen. So zum Beispiel auf der letzten Betriebsversammlung, als Betriebsratsvorsitzender Ernst Kiel die rechtsextremen Morde offen ansprach und Konsequenzen forderte. „Das ist schon



Schildanbringung bei HDW

gut, wenn sich der Betriebsratsvorsitzende vor zweitausend Beschäftigte stellt und sagt, wir müssen da was machen“, findet Gürsel Ayan.

### Für Respekt aktiv werden

Doch für ihn und seine Kolleginnen und Kollegen ist nicht nur die Arbeit im Betrieb wichtig. „Wir müssen uns als Gewerkschafter auch in die Stadtteile stellen. HDW liegt in Gaarden, einem Viertel mit einem großen Anteil von Migrantinnen und Migrantinnen“. In dem sozial benachteiligten Viertel leben viele Menschen an der Armutsgrenze. Häufig kommt es zu Konflikten. Bei Wahlen erhalten rechte Parteien regelmäßig Stimmen. Grund genug für

die IG Metall Kiel auf dem jährlichen Brunnenfest für Respekt zu werben. „Dabei ging es uns nicht nur darum, Deutsche für das Thema sensibilisieren. Rassismus gibt es auch unter Migrantinnen und Migrantinnen, hier müssen wir genauso für Toleranz werben“, betont Gürsel Ayan, dem die differenzierte Auseinandersetzung mit dem Thema wichtig ist. Die Kolleginnen und Kollegen werden vom Erfolg des Torwandschießens überrascht: „Es sind sehr viele Leute auf uns zugekommen und haben sich mit dem Schild fotografieren lassen.“ Grund genug für Gürsel Ayan und seine Mitstreiter weiter zu machen. Lena Lehmann, Gewerkschaftssekretärin der IG Metall Kiel-Neumünster

brachte es während des Stadtteilstreffens auf den Punkt: „Respekt lässt sich nicht verordnen. Dafür müssen wir aktiv werden!“ Deshalb soll nun am 28. März mit einem großen Fest ein Respekt-Schild in Gaarden aufgehängt werden. Mitten an dem Brunnen, der das Zentrum des Stadtteils darstellt.

### Mit Autokorso vor NPD-Zentrale

Rechtsextremismus und Rassismus sind auch Themen, die Mustafa Yeni, Betriebsrat bei der Pierburg GmbH und Vorsitzender des Migrationsausschusses der IG Metall Berlin, beschäftigen. Er nutzte die jährliche Abschlussveranstaltung um die Forderungen der IG Metall zur Bekämpfung von Rechtsextremismus zu unterstützen. Nach Bekanntwerden der rechtsextremen Morde beteiligte sich die IG Metall außerdem an einem Autokorso in Berlin. „Wie auch anderswo in Deutschland haben wir in Berlin viele Vereine der Zivilgesellschaft, die sich zusammen geschlossen haben. Wir

wollten ein Zeichen setzen gegen Rechtsextremismus, so kam die Idee eines Autokorsos auf.“ Zusammen mit dem Türkischen Bund Berlin-Brandenburg und insgesamt 26 Vereinen und Gewerkschaften startete am 3. Dezember ein Autokorso in Richtung der NPD-Zentrale in Köpenick, 350 Autos fuhren mit. „Es waren noch weit mehr auf dem Weg zu uns, wurden aber durch Umleitungen wegen des Besuchs des türkischen Außenministers behindert“, bedauert Mustafa Yeni. Ihm ist es wichtig, dass die Hintergründe der Taten nicht unter den Teppich gekehrt werden. „Wir müssen uns fragen, ob der alltägliche Rassismus ein Grund für die mangelnde Aufklärung der Morde ist.“

### Einschüchterung nicht hinnehmen

Hans-Jürgen Czentarra, Ortsteilbürgermeister in Erfurt und aktives IG Metall-Mitglied, hat sein Büro in einer Grundschule in Erfurt. Seit einigen Wochen prangt direkt vor seinem Büro an dem Eingang zur Schule das Respekt-

Schild. Mit der zunehmenden Armut sei auch der Rassismus größer geworden, stellt Hans-Jürgen Czentarra fest. Grund genug für ihn an verschiedenen Schulen in Erfurt über die Folgen von Rassismus und Ausgrenzung aufzuklären. Für ihn hat diese Arbeit eine lange Tradition. Als 2004 Hartz IV eingeführt wurde, beteiligte er sich an den wöchentlichen Demonstrationen. Nachdem der DGB sich aus den Aktionen zurückzog, übernahm er die Organisation. „Schon damals, 2006, bedrängten uns Nazis auf dem Erfurter Anger. Sie versuchten unsere Demonstration zu stören, bedrohten uns“, erzählt er. Aber die Erfurter Bürger

ließen sich nicht einschüchtern. „Wir haben es geschafft die Nazis vom Anger zu vertreiben, allein mit Druck, ohne Gewalt.“ Als Moderator der Demonstration wurde er beschimpft und beleidigt, entschließt sich nach langem Überlegen zur Anzeige gegen den Neo-Nazi. „Das war keine leichte Entscheidung. Aber letztlich wurde schon in den 30er Jahren mit Angst gearbeitet, Menschen immer wieder eingeschüchtert. Das sollte sich nicht wiederholen.“

Nicht nur deswegen war es für ihn wichtig, sich an der Aktion Respekt zu beteiligen. Seit zehn Jahren ist er arbeitslos, erlebt am eigenen Leib die mit Hartz IV

verbundene Ausgrenzung. Aber Hans-Jürgen Czentarra ist niemand, der sich unterkriegen lässt. Er arbeitet ehrenamtlich, auch in der IG Metall, wird Ortsbürgermeister in dem von Plattenbauten geprägten Stadtteil Herrenberg. Auf einer Veranstaltung in der IG Metall Bildungsstätte in Sprockhövel erfährt er mehr über die Hintergründe der Aktion Respekt. Für ihn ist sofort klar, dass er sich beteiligen will. Die Umsetzung ist zunächst nicht einfach, zunächst müssen Genehmigungen eingeholt werden. Doch schließlich hängt das Schild. Für Hans-Jürgen Czentarra ist es ein Baustein von vielen. Besonders ärgert ihn, dass

Armut und Rassismus kaum in den Medien debattiert werden. Debatten wie die um Bundespräsident Christian Wulff empfindet er als bloße Ablenkung. „Niemand hört gerne, dass es Armut oder Rassismus gibt, das wird lieber verdrängt. Aber genau deswegen müssen wir es immer wieder ansprechen.“

Eines zeigt sich in allen Aktionen ganz deutlich: Rassismus und Diskriminierung müssen thematisiert werden, damit sie verhindert werden können. Die IG Metall setzt sich schon lange für Toleranz und Respekt ein und wird auch in Zukunft nicht leiser werden.





## IG Metall aktiv vor Ort gegen Rechtsextremismus

*Die IG Metall engagiert sich seit Jahren vielerorts gegen Rechts. Einige Beispiele möchten wir hier vorstellen.*

Es ist März 2000 als Michael Ebenau seinem Ärger Luft macht: In einem ausführlichen Artikel unter dem Titel „Jenaer Notizen“ berichtete der IG Metalller von den rechtsextremen Umtrieben in Jena und in Saalfeld, listet detailliert auf, wie Neonazis versuchen Bürgerinnen und Bürger einzuschüchtern, Gewalttaten begehen. Dabei geht er in seinem Bericht auch auf die jetzt als Nationalsozialistischer Untergrund (NSU) bekannt gewordene Gruppe ein, die im September 1997 Sprengstoffattrappen am Jenaer Theater und an anderen Orten platzierte. Die Polizei durchsuchte damals mehrere Wohnungen, Uwe Böhnhardt, Uwe Mundlos und Beate Zschäpe konnten trotz Überwachung untertauchen.



Michael Ebenau

### **Druck gegen Nazis aufbauen**

Seitdem hat sich viel getan in Jena und Saalfeld: Für Neonazis ist es sehr viel schwieriger geworden, ihre menschenverachtenden Parolen zu verbreiten. Das liegt auch an der Arbeit der IG Metall vor Ort. „Wir mischen uns immer wieder aktiv ein, organisieren Gegendemonstrationen, lassen rassistischen und rechtsextremen Denkweisen so wenig Raum wie möglich“, sagt Michael Ebenau, Erster Bevollmächtigter der IG Metall Jena-Saalfeld. Dazu nutzen sie die Arbeit in Bündnissen, schließen sich mit anderen Organisationen zusammen. „Dieser zivilgesellschaftliche Protest ist wichtig“, betont Ebenau.

Gleichzeitig fordert er mehr Zivilcourage ein „Wir brauchen mehr Engagement gegen Rechts von allen Seiten.“ Dazu gehört für ihn auch einen Verfolgungsdruck durch die Polizei. Durch die Polizei, nicht durch den Verfassungsschutz, betont er. Dann erzählt er, wie in der Vergangenheit durch V-Leute über 100.000 € in den „Thüringer Heimatschutz“, einer rechtsextremen Dachorganisation, geflossen sind. „Da erhalten V-Leute fürstliche Saläre, von denen man nicht weiß, ob man sie selbst steuert oder ob man an der Nase herum geführt wird“, empört er sich. Deswegen fordert er rückhaltlose Aufklärung über die Rolle von V-Leuten und Verfassungsschutzämtern sowie über die möglichen Ursachen von Fahndungsspannen. „Wir müssen uns doch fragen, wie diese Gewalttäter zehn Jahre im Untergrund agieren konnten, ohne dass jemand einen rechtsextremen Hintergrund für die Morde auch nur vermutet hätte!“

### **Breites Bündnis gegen Nazis**

Rechte Gewalt und Rechtsextremismus ist kein Problem ausschließlich in Ostdeutschland. Auch im Westen der Republik versuchen Rechtspopulisten und -extreme Fuß zu fassen. In Landshut in Bayern setzt man deswegen auf Bündnisarbeit. „Wir müssen breit aufgestellt sein in einer verhältnismäßig kleinen Stadt wie Landshut“, erklärt Hans-Dieter Schenk, Organisationssekretär der DGB Region Landshut und Sprecher des Runden Tisches gegen Rechts Landshut. „Nur die Gewerkschaften, nur die Parteien, nur Einzelpersonen – da kommen wir nicht weit. Wir müssen uns zusammenschließen, um gemeinsam zu



Robert Grashei bei der Mahnwache

mobilisieren“. Bereits 2006 wurde deshalb der Runde Tisch gegen Rechts eingerichtet. Die Zusammenarbeit, die auf dem Konsensprinzip beruht, ist nicht immer leicht, gibt Hans-Dieter Schenk zu. Aber sie lohnt sich: Als die NPD-Jugend im einem Landshuter Gymnasium, ausgerechnet in einer Schule gegen Rassismus, die Räume für eine Landesversammlung Anfang Januar mieten wollte, und auch die Überlassung der Räume für alle Samstage bis Ende April 2012 verlangte, konnte sehr schnell eine Gegenaktion mobilisiert werden. „Mitte Dezember wurde zu einer Mahnwache aufgerufen, an der 600 Menschen teilnahmen, an der Schülerdemo beteiligten sich über 3.500 Bürgerinnen und Bürger“, erläutert Robert Grashei, der Erste Bevollmächtigte der IG Metall Landshut. Die Stadt lehnte den Antrag der NPD auf Nutzung der Schule ab. Die klagte dagegen, doch das Verwaltungsgericht gab der Stadt recht. Die Überlassung einer Schule an die NPD sei „mit einer Erziehung im Geiste der Demokratie und der Völkerversöhnung“ nicht vereinbar, so die Richter in ihrer Begründung. Für Robert Grashei ist dies eine deutliche Wende in der Rechtsprechung. Auch Hans-Dieter Schenk wertet die Aktion als Erfolg: „Wir können mit dieser Arbeit weite Bevölkerungsschichten erreichen, es kommen Menschen zusammen, die sich für eine Sache einsetzen. Das allein ist schon die Arbeit wert.“ Dennoch gibt es keine Entwarnung. Hans-Dieter Schenk betont: „Obwohl, oder gerade weil, die Rechtsextremen und Nazis in der öffentlichen Meinung mehr und mehr in die Defensive gedrängt werden, werden sie immer unverfrorener mit ihren Aktionen.“ Für seinen Kollegen Robert Grashei ist klar: „Wir werden weiter auf Bündnisarbeit setzen. Gemeinsam können wir viel erreichen.“

### Mit einer Telefonkette Hunderte erreichen

Auf einen Runden Tisch setzt auch die IG Metall Salzgitter-Peine. Nachdem Neonazis im November mehrere Läden in Peine beschädigten und mit Hakenkreuzen beschmierten, wurde vor allem auf Betreiben der IG Metall im Dezember letzten Jahres ein Runder Tisch in Peine eingerichtet, an dem sich Gewerkschaften, Kirchen und weitere gesellschaftliche Gruppen beteiligen.

Schon lange ist die IG Metall vor Ort aktiv gegen Rechts. „In Salzgitter können wir über eine Telefonkette innerhalb kürzester Zeit Hunderte



Salzgitter

von Vertrauensleuten aktivieren. Wenn etwa die NPD in Salzgitter öffentlich auftreten will, sind wir in der Lage dem sofort etwas entgegen zu setzen“, erläutert Gewerkschaftssekretär Frank Raabe-Lindemann. Nach seinem Eindruck haben die Rechtsextremen in den letzten Jahren verstärkt versucht in Salzgitter Fuß zu fassen. Einige Male wurden rechte Kundgebungen angemeldet. „Daraufhin haben wir über unsere Telefonkette reagiert“, erklärt er und fügt hinzu: „Wir haben mit der IG Metall die größte Mitgliederorganisation vor Ort. Deswegen sind wir in der Lage für Gegendemonstrationen mehrere tausend Menschen zu organisieren.“ Damit das Thema auch darüber hinaus auf der Tagesordnung bleibt, veranstaltet die IG Metall zudem Informationsveranstaltungen. So sprach in Salzgitter zum Beispiel der Rechtsextremismusexperte Prof. Dr. Hajo Funke über Handlungsmöglichkeiten gegen den rechten Terror. In Peine hinterfragte Reinhardt Koch von der Arbeitsstelle Rechts-Extremismus und Gewalt, ob Rechtsterrorismus tatsächlich ein neues Problem sei. „Wir müssen einen langen Atem haben“, betont Frank Raabe-Lindemann, „Trotz unterschiedlicher Auffassungen gilt es, von der CDU bis zu den Linken, vom Arbeitgeberverband bis zu den Gewerkschaften zusammen zu arbeiten. Nur gemeinsam können wir etwas erreichen.“

### Neujahrsempfang für Empörte

Mehr als 170 Personen kamen am 13. Januar in Düsseldorf zum Neujahrsempfang der IG Metall Düsseldorf-Neuss.

Zusammen mit ver.di, dem DGB und den Vereinen Mosaik e.V. und „Mach meinen Kumpel nicht an!“ hatte die IG Metall aufgerufen, sich gegen rechte Gewalt und Rassismus zu vernetzen. Guntram Schneider, Minister für Arbeit, Integration und Soziales NRW eröffnete die Veranstaltung, es folgten weitere Sachinformationen und kulturelle Beiträge.





## Familien- und Sozialleistungen



Familienleistungen als auch Sozialleistungen sind für Menschen ohne deutschen Pass sehr kompliziert gestaltet. Welche Ansprüche Nicht-Deutsche haben, wird in der neuen Broschüre der IG Metall übersichtlich erläutert. Die Broschüre kann über den Online-shop im Intranet bestellt werden.

## Wolfsburg, amore mio

Es war ein kalter Januartag im Jahr 1962 als die ersten Arbeitsmigrantinnen und -migranten aus Italien in Wolfsburg eintrafen. Seitdem finden sich italienisches Flair, Kultur und Lebensart in der Stadt. Aus Anlass des 50. Jahrestages werden während des ganzen Jahres verschiedenste Veranstaltungen durchgeführt. Auf einer Webseite können alle Aktivitäten nachverfolgt werden. Außerdem gibt es einen Fotowettbewerb für Schülerinnen und Schüler aller Altersgruppen in Wolfsburg. Mehr: <http://wolfsburg-amore-mio.com>

## Ausfüllhilfe der BA für Hartz IV

Immer wieder kam es in der Vergangenheit beim Ausfüllen des Antrages auf Hartz IV zu Problemen. Nun hat die Bundesagentur für Arbeit auf die Kritik reagiert und eine elektronische Ausfüllhilfe bei der Beantragung der Grundsicherung zur Verfügung gestellt. Die Anleitung erklärt Schritt für Schritt, welche Informationen im Antrag an welcher Stelle benötigt werden und welche Angaben unverzichtbar sind. Die Ausfüllhilfe wird in Deutsch, Englisch, Russisch und Türkisch angeboten. [www.bundesagentur.de](http://www.bundesagentur.de)

## Mitmachen: Wochen gegen Rassismus



Die Internationalen Wochen gegen Rassismus 2012 finden in diesem Jahr vom 12.-25. März statt. In den letzten Jahren nutzten viele Betriebe und Verwaltungsstellen das Datum rund um den UN-Tag gegen Rassismus, den 21. März, für Aktivitäten. Flyer, Plakate und das Material-

heft können beim Interkulturellen Rat bestellt werden. <http://www.internationale-wochen-gegen-rassismus.de>

## Betriebsrätekonferenz 2012



Jetzt schon vormerken: Am 14. Juni 2012 wird die Betriebsrätekonferenz in Frankfurt am Main stattfinden. Inhaltlich bewegt sich die Veranstaltung um die Themen strukturelle Diskriminierung und interkulturelle Gleichstellungspolitik. Weitere Informationen zu der Veranstaltung werden zeitnah bekannt gegeben. [www.igmetall.de](http://www.igmetall.de)

## Mehr qualifizierte Zuwanderer



Immer mehr qualifizierte Migrantinnen und Migranten kommen nach Deutschland. Dies ist das Ergebnis einer Studie zu den Wanderungsbewegungen 2010 des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge. Danach ist Deutschland innerhalb der Europäischen Union eines der Länder, in das vermehrt

hochqualifizierte oder qualifizierte Migrantinnen und Migranten aus den neuen sowie auch aus den alten Mitgliedsstaaten wandern. So kamen nach Ausbruch der Eurokrise vermehrt gut ausgebildete junge Spanierinnen und Spanier sowie Griechinnen und Griechen nach Deutschland. Der aktuelle Migrationsbericht listet genaue Daten zu Zu- und Fortzügen, geschlüsselt u.a. nach Alter, Geschlecht und Entsendeland auf. **Bundesamt für Migration und Flüchtlinge. Migrationsbericht 2010 im Auftrag der Bundesregierung. 2011. Im Netz unter <http://www.bamf.de>**

## Bessere Bildung und mehr Zuwanderung

Wie bessere Bildungs- und Erwerbschancen für Zuwanderinnen und Zuwanderer geschaffen werden können und Deutschland generell mehr Fachkräfte gewinnen kann, hat die ‚Hochrangige Konsensgruppe Fachkräftebedarf und Zuwanderung‘ herausgearbeitet. Der im Dezember 2011 veröffentlichte Abschlussbericht stellt Möglichkeiten vor, wie die Zuwanderung von Fachkräften aus den Ländern der EU und aus Drittstaaten gefördert und verbessert werden kann. Ein weiterer Schwerpunkt des Berichts liegt auf der Verbesserung von Chancen zur Qualifizierung von bisher benachteiligten Menschen. **Hochrangige Konsensgruppe Fachkräftebedarf und Zuwanderung 2011. Abschlussbericht der Hochrangigen Konsensgruppe Fachkräftebedarf und Zuwanderung. Vom Anwerbestopp zur Gewinnung von Fachkräften. Bessere Bildungs- und Erwerbschancen schaffen – Zuwanderung gezielt steuern. [www.stiftung-mercator.de](http://www.stiftung-mercator.de)**



## Migration und Familiengründung



Weltweit wandern immer mehr Frauen, so das Ergebnis eines Forschungsberichts des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge. Mit Blick auf Deutschland wird der Frage nachgegangen, welchen Einfluss Migration auf die demographische Entwicklung für Deutschland hat und

welche Rolle sie bei der Familienplanung spielt. Zudem wird untersucht, ob es Unterschiede zwischen deutschen und ausländischen Frauen bezüglich der Familienplanung gibt.

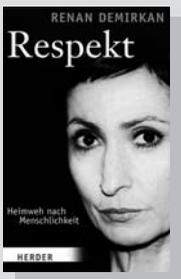
**Bundesamt für Migration und Flüchtlinge 2010. Generatives Verhalten und Migration. Im Netz unter <http://www.bamf.de>**

## Filmtipp: Die Kriegerin

Dass Rechtsextremismus kein männliches Phänomen ist, zeigt nicht nur die vermutliche Beteiligung von Beate Zschäpe an der NSU. Im letzten Jahr kam die Studie „Mädelssache!“ zu dem Ergebnis, dass der Anteil der von Frauen ausgeübten rechtsextremen Straf- und Gewalttaten bei bis zu zehn Prozent liegt. Der Film „Die Kriegerin“ füllt diese gesichtslose Statistik mit Bildern. Er erzählt die Geschichte der 20-jährigen Marisa, die ihre rechts-extreme Gesinnung hemmungslos auslebt, wenn sie mit ihren Freunden Jagd auf Ausländer macht. Ein Film, der unter die Haut geht und einen guten Anlass bietet, über die Mitte der Gesellschaft zu diskutieren.

**Die Kriegerin, Regisseur: David Wnendt**

## Buchtip: Respekt



Die Hausfrau nebenan will es, und die Kinder in den Banlieues und in Kreuzberg wollen es. Der Erwerbslose inmitten von erwerbstätigen Nachbarn will es und auch der Zugewanderte bei der Wohnungssuche: Respekt. Renan Demirkan formuliert in ihrem Buch ein Manifest: Respekt ist für sie das Siegel

der Humanität, das verbindende Prinzip in jeder Verschiedenheit und ein Versprechen für den Frieden. Und: Respekt sei Ausdruck unseres Heimwehs nach Menschlichkeit.

**Renan Demirkan, Respekt. Heimweh nach Menschlichkeit 16,95 €, gebundene Ausgabe**

## Deine Meinung zählt

Schreib uns, was du zu sagen hast! Zu einem der hier behandelten Themen oder zu einer Sache, die dir unter den Nägeln brennt. Schreib uns deine Meinung zur **IGMigration** – per E-Mail: [igm-migration@igmetall.de](mailto:igm-migration@igmetall.de)

oder mit der Post an: **IG Metall Vorstand, FB Zielgruppenarbeit und Gleichstellung, Ressort Migration/Integration Wilhelm-Leuschner-Str. 79 60329 Frankfurt am Main**

## Mitglied werden – So geht's:

Wer Mitglied werden will, kann am Arbeitsplatz IG-Metall Vertrauensleute oder andere Kolleginnen und Kollegen ansprechen, die der IG Metall angehören.

Informationen im Internet: [www.igmetall.de](http://www.igmetall.de)

per Telefon: 069/6693-2578

per E-Mail: [mitglieder@igmetall.de](mailto:mitglieder@igmetall.de)

Mitgliedsnummer

(wird von der IG Metall eingetragen)

**Beitrittserklärung**

**\*Name**  **\*Geschlecht**  
 M=männlich  
 W=weiblich

**\*Vorname**  **\*Geburtsdatum**  
         
 Tag Monat Jahr

**\*Land**  **\*PLZ**  **\*Wohnort**

**\*Straße**  **\*Hausnr.**

Telefon (  dienstlich  privat)

E-Mail (  dienstlich  privat)  **\*Staatsangehörigkeit**

beschäftigt im Betrieb/PLZ/Ort

Beruf/Tätigkeit/Studium/Ausbildung (Beginn und Ende bitte unten eintragen)   Vollzeit\*  
 Teilzeit\*

Ausbildung **\*\*Falls berufsbegleitendes Studium bzw. Leiharbeit/Werkvertrag: Wie heißt der Einsatzbetrieb?**

berufs-bgl. Studium\*\*

befristet beschäftigt

Leiharbeit/Werkvertrag\*\* ab  bis

geworben durch (Name, Vorname)  Mitglieds-Nummer Werber/in

Ich bestätige die Angaben zu meiner Person, die ich der IG Metall zum Zwecke der Datenerfassung im Zusammenhang mit meinem Beitritt zur Verfügung stelle. Ich bin darüber informiert, dass zur Erfüllung ihrer satzungsgemäßen Aufgaben und unter Beachtung der datenschutzrechtlichen Vorschriften, personenbezogene Angaben durch die IG Metall und ihrer gewerkschaftlichen Vertrauensleute erhoben, verarbeitet und genutzt werden. Die Anpassung des Beitrags an die Einkommensentwicklung erfolgt u. a. durch gewerkschaftliche Vertrauensleute im Betrieb. Dabei werden aus betriebsöffentlichen Daten, wie der Tätigkeit und der damit verbundenen Eingruppierung, das Tarifentgelt und der Gewerkschaftsbeitrag ermittelt. Eine Weitergabe der Daten zu Marketingzwecken findet nicht statt.

**Einzugsermächtigung:** Hiermit ermächtige ich widerruflich die IG Metall, den jeweils von mir nach § 5 der Satzung zu entrichtenden Mitgliedsbeitrag von 1% des monatlichen Bruttoverdienstes bei Fälligkeit zu Lasten meines angegebenen Girokontos einzuziehen. Diese Einzugsermächtigung kann ich nur schriftlich mit einer Frist von sechs Wochen zum Quartalsende gegenüber der IG Metall widerrufen. Änderungen meiner Daten werde ich unverzüglich der IG Metall mitteilen.

**Bankverbindung**

**\*Bank/Zweigstelle**

**\*Bruttoeinkommen**  **\*BLZ**

**Beitrag**  **\*Konto-Nr.**

**\*Kontoinhaber/in**

**\*Ort/Datum/Unterschrift**

Bitte abgeben bei IG Metall-Betriebsräten/-Vertrauensleuten, der IG Metall-Verwaltungsstelle oder schicken an: IG Metall-Vorstand, FB Mitglieder/Kampagnen, 60519 Frankfurt am Main  
 Weitere Informationen unter [www.igmetall.de/beitreten](http://www.igmetall.de/beitreten)



Foto: RESPEKT Initiative

## Weiter mit RESPEKT

Nachdem im letzten Jahr mit der Respekt-Initiative 465.000 Menschen auf 165 Veranstaltungen erreicht werden konnten, geht es 2012 weiter: Wieder werden IG Metall in Betrieben und Verwaltungsstellen Aktivitäten gegen Rassismus durchführen und Respekt-Schilder als sichtbares Zeichen für Toleranz aufhängen.

„Gerade in Anbetracht der aktuellen Ereignisse ist eine eindeutige Positionierung gegen Rassismus und Diskriminierung wichtig“, erklärt Ulrike Obermayr, Leiterin Gewerkschaftliche Bildungspolitik beim IG Metall Vorstand. Insbesondere die junge Generation soll in diesem Jahr angesprochen werden. Schulen, Bildungseinrichtungen und Sportvereine stehen deswegen im Fokus der Aktionen. „Wir planen eine Ausstellung, in der Auszubildende ihre Vorstellungen und Hoffnungen zu Respekt vorstellen können“, erläutert

Ulrike Obermayr. Außerdem werden verschiedene Seminare zum Thema angeboten: Vom Argumentationstraining gegen Rechts bis hin zum Training für Interkulturelle Kompetenz.

Wie wichtig die Arbeit gegen Rassismus sein kann zeigt auch der neue Band zur Initiative. Einhundert Frauen, unter ihnen dreißig Metal-lerinnen, berichten wie sie sich an ihrem Arbeitsplatz für Respekt und Toleranz in der Belegschaft einsetzen. „Rassismus ist alltäglich. Ob nun Hakenkreuz-Schmierereien, rassistische Sprüche oder Neonazis in der Belegschaft: Handeln ist wichtig, wir müssen Rassismus offen ansprechen und klare Gegenmodelle entwickeln“, so Ulrike Obermayr.

Weitere Informationen unter:  
[www.respekt.tv](http://www.respekt.tv)  
[www.igmetall.de/respekt](http://www.igmetall.de/respekt)

### BUCHTIPP

#### „RESPEKT! 100 FRAUEN – 100 GESCHICHTEN“

*In ganz persönlichen Interviews berichten einhundert Frauen von ihren Erfahrungen. Zu Wort kommen Frauen mit unterschiedlichen Biografien, Ausbildungen und Berufen zu Wort: aus Sport und Kultur, aus Verbänden und Betrieben. Mit dabei sind viele Spielerinnen der aktuellen Frauenfußball-Nationalmannschaft, Gewerkschafterinnen wie Ulrike Obermayr, Doris Dietmayr und viele andere Aktive.*

*Die beiliegende DVD enthält darüber hinaus fünfzig der im Buch enthaltenen Interviews als Video.*

*Respekt! 100 Frauen –  
100 Geschichten  
240 Seiten, gebunden mit  
DVD, 39,90 €  
ISBN 978-3-7663-6140-0*

